

Ohne Wertekompass in der Außenpolitik

Eine Kritik an der Regierung Merkel

Claudia Roth

Was der überaus schwammige schwarz-gelbe Koalitionsvertrag von 2009 befürchten ließ, ist gegen Ende der Legislaturperiode vielfach bestätigte Gewissheit: Das Prinzip der Regierung Merkel heißt Prinzipienlosigkeit. Nicht nur auf allen wichtigen Politikfeldern in Deutschland, sondern auch in der EU und international. An der Macht sein, an der Macht bleiben – das ist das einzig verlässliche Projekt der Regierung Merkel.

Darunter hat auch die Außenpolitik gelitten. Das Auswärtige Amt unter Westerwelle hat dramatisch an Bedeutung verloren. Die Rolle des Ministers erschöpft sich immer mehr im Händeschüteln vor laufenden Kameras. Aufgrund der Orientierungslosigkeit der Regierung konnte Deutschland die international vorhandenen Spielräume für eine gestalterische Außenpolitik nicht länger nutzen. Statt Deutschlands Führungsrolle im internationalen Klimaschutz zu verteidigen, sah Schwarz-Gelb tatenlos zu, wie eine Klimakonferenz nach der anderen scheiterte. Bei der weltweiten Förderung und Unterstützung von Demokratiebewegungen und bei vorausschauender Krisenprävention konnte die Merkel-Regierung ebenfalls keine Akzente setzen, die dem Gewicht Deutschlands im internationalen wie im EU-Rahmen gerecht geworden wären.

Die Antwort auf die Frage, worin der wesentliche Unterschied der Außenpolitik der Merkel-Regierung zu unserer bestehen würde, ist kurz und einfach. Wir sind der Meinung, dass es bei globalen Problemen nicht ausreicht, den Kopf in den Sand zu stecken und sich in einem längst zu eng gewordenen nationalen Rahmen zu verstecken. Wir lehnen die Re-Nationalisierung der Außenpolitik ab, wie Schwarz-Gelb sie betreibt, und sind der Überzeugung, dass es für die großen globalen Herausforderungen keine rein nationalen Lösungen mehr gibt. Es geht um eine Stärkung des internationalen Rechts – gegen das Recht des Stärkeren, und um eine positive Gestaltung der Globalisierung, die die drei großen internationalen Krisen – Klima, Hunger und Finanzen – konsequent angeht. Das sind die zentralen Herausforderungen in der Einen Welt. Statt mit langem Atem auf die gerechte Gestaltung der Globalisierung zu setzen, versteht sich die Merkel-Regierung

als Sachwalter kurzfristiger Interessen von einigen Wirtschaftsverbänden und Unternehmen, die sie als nationale Interessen verkauft.

Ein Beispiel ist die brandgefährliche neue merkelsche Sicherheitsdoktrin, die geltende Rüstungsexportrichtlinien schlicht ignoriert. Stabilität „egal für wen“ geht hier vor Menschenrechte und Demokratie. Die Regierung befähigt autoritäre Staaten, gegen die eigene Bevölkerung und andere Staaten mit schweren Waffen vorgehen zu können. Die Lieferung von Kampfpanzern und moderner Dual-Use-Technologie an Saudi-Arabien, Katar und Indonesien sind keine Unterstützung, sondern eine wahre Blutgrätsche für die zarten Pflänzchen der Demokratie in der Region. Schwarz-Gelb ist es gleichgültig, dass Saudi-Arabien ein wahres Bollwerk gegen Demokratie vor Ort darstellt. Die Saudis sind die größten Finanziere von fundamentalistischen Religionsschulen und Moscheen – mit verheerenden Folgen, wie an den afghanischen Mudschaheddin und pakistanischen Taliban zu sehen ist. Aktuell finanzieren und bewaffnen die Saudis viele salafistische Gruppierungen. Wie sehr das die Sicherheit und Stabilität von Zentralasien bis hin nach Westafrika gefährdet, zeigt das Beispiel Mali.

Doch die Merkel-Regierung bleibt unerschütterlich bei ihrer Meinung, Saudi-Arabien sei ein Anker der Stabilität und Sicherheit, der jegliche Unterstützung – vor allem durch Waffen – verdiene. Die punktuell an den Tag gelegte außenpolitische „Zuverlässigkeit“ der Saudis wird überhöht, die langfristig angelegte Förderung fundamentalistischer Herrschaftseliten und deren Bewaffnung durch die Saudis billigend in Kauf genommen. Schon in wenigen Jahren könnte dies die ganze Region massiv destabilisieren, ungeahnte Gefahren hervorrufen und die bestehende und fragile Sicherheitsarchitektur der Region in gefährlicher Weise durcheinanderbringen. Wenn die Kanzlerin ihre Rüstungsexporte auch noch als Bestandteil von Konfliktbearbeitung verkauft und diese evident falsche Annahme innenpolitisch mit dem Argument der Wirtschaftsförderung und Erhaltung von Arbeitsplätzen unterfüttert, dann zeugt das von Zynismus. Für uns Grüne ist klar: Nicht autoritäre Herrschaft und aggressiver Fundamentalismus, sondern Demokratie und Menschenrechte sind die entscheidenden Stabilitätsanker für Staaten und ihr Verhältnis zueinander. Eine deutsche Außenpolitik, die sich konsequent an dieser Einsicht ausrichtet, wird die Aufgabe einer anderen politischen Konstellation sein. 🌐



Claudia Roth, geb. 1955,
Bundesvorsitzende von
Bündnis 90 / Die Grünen.
buero.roth@gruene.de